

Marzahn- Hellersdorf *links*

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt

„Zur Person“ stellen wir Ihnen Juliane Witt vor, Neu-Biesdorferin, Kandidatin für die BVV in Marzahn-Hellersdorf, in der Berliner Politik „zu Hause“, Netzwerkerin, einfach ein toller Zugewinn für DIE LINKE im Bezirk Seite 2

Wir setzen uns hier vor Ort mit den politischen Rahmenbedingungen der BRD auseinander. Linke Kommunalpolitik findet nicht im „geschlossenen Raum“ statt, sondern muss genau diese Auseinandersetzungen führen Seite 3

Die Jugendseite - dieses Mal mit den Themen: Bundeskongress der Linksjugend 2011 / G-8-Gipfel in Deauville und auch künftig Gipfelprotest für ein Leben ohne Unterdrückung und Ausbeutung Seite 7

Dagmar Pohle

Als junge Frau zog sie mit ihrem Mann Eberhard in die Allee der Kosmonauten. Hier wurden ihre zwei Söhne geboren. Seit über dreißig Jahren lebt sie hier und leistet nun als Bürgermeisterin von Marzahn-Hellersdorf eine anerkannt gute Arbeit. Sie war vor dem Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und seit 2002 Stadträtin für Wirtschaft, Gesundheit und Soziales im Bezirk. Markant ist ihre Prämisse, LINKE Kommunalpolitik



gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu gestalten und sich dabei mit den kapitalistischen Bedingungen in der Bundesrepublik aktiv auseinander zu setzen.

Das Wahlprogramm der LINKEN bietet dafür eine gute Perspektive. Dagmar Pohle kandidiert als Spitzenkandidatin der LINKEN. Sie möchte wieder als Bürgermeisterin Politik zum Wohle der Marzahn-Hellersdorfer Bürgerinnen und Bürger machen.

Am 18. September wird in Berlin gewählt. Für DIE LINKE in Marzahn-Hellersdorf stehen auch die hier Vorgestellten zur Wahl. Langjährige Erfahrung in der Kommunalpolitik haben sie alle drei: als Bezirksbürgermeisterin, Vorsteherin der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) oder Fraktionsvorsitzender - und sie möchten sich weiter für den Bezirk und seine Bewohnerinnen und Bewohner engagieren.

Petra Wermke

Sie ist Kommunal-Parlamentarierin aus Leidenschaft. Nach ihrem Studium von Chemischer Technologie in Moskau fand sie samt Familie in Marzahn-Nord ihr Zuhause. Seit 1999 wirkt sie - von der Partei DIE LINKE nominiert - als Vorsteherin der BVV von Marzahn bzw. Marzahn-Hellersdorf. Petra Wermke wird von allen in der BVV vertretenen Fraktionen als kluge, tolerante Kommunal-



politikerin geachtet und repräsentiert damit auch das demokratische Verständnis der Partei DIE LINKE in der BVV. Sie sucht und findet den Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern und ihren Vereinen - vom Kleingartenverein bis zum Unternehmerverband. Mit ihrer Person verbindet sich das Lesen gegen das Vergessen und die Würdigung politischer Gedenktage, wie auch Aktivitäten gegen Rechts. Sie möchte, dass die Autorität der Vorsteherin im Interesse der Bürgerinnen und Bürger noch wirksamer genutzt wird.

Texte: **W. Maier**/Fotos: **Jonas Pohle, Heidi Wagner, DIE LINKE. Berlin**

Was gibt's noch?

Seite 2:

- Zur Person: Julia Witt
- Petra Pau: Der neue Struwel-Peter

Seite 3:

- Aktuelles aus der Berliner Politik
- Vom alltäglichen Wahnsinn mit „Hartz IV“

Seite 4:

- Ein warmes Mittagessen für Kinder wäre sinnvoller gewesen
- Aus dem Bezirksvorstand

Seite 5:

- Gedenken aus Verantwortung
- Bedingungen für Politik vor Ort

Seite 6:

- Politische Bildung: Wiedervereinigung oder Anschluss
- Aus den Siedlungsgebieten

Seite 7:

- Jugendseite

Seite 8:

- Tipps und Termine / • Hinten links

Klaus-Jürgen Dahler

Erfolgreiche parlamentarische Kommunalpolitik der LINKEN in Marzahn-Hellersdorf ist eng mit dem Namen Klaus-Jürgen Dahler verbunden. Er lebt mit seiner Familie in Hellersdorf und ist tief im Bezirk verwurzelt. Mit Menschen aus schwierigen sozialen Lebenslagen führt er wöchentlich Sprechstunden durch, um ihnen im Umgang mit den Behörden zu helfen. Seit 1999 ist KJD, wie ihn die meisten nennen, ununterbrochen Fraktionsvorsitzender in der Bezirksverordnetenversammlung. Vorher war er viele Jahre Vorsitzender der PDS Hellersdorf. Kennzeichnend für ihn als Fraktionsvorsitzenden ist seine klare linke Position, aber auch die Fähigkeit, mit den anderen demokratischen Parteien konstruktiv zusammenzuarbeiten. Linke Kommunalpolitik soll, so meint Klaus-Jürgen Dahler, transparent, bürgernah und damit verständlich, sowie finanzierbar sein. Sie kann Menschen für den Frieden, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie für soziale Gerechtigkeit motivieren. Sie sollte dazu ermutigen, den herrschenden kapitalistischen Verhältnissen entgegenzutreten!



DIE LINKE.

Zur Person: Juliane Witt

LINKE Politik ist für die Menschen da ...

... das ist für Julia Witt der „Rote Faden“, und das lebt sie auch.

Als persönliche Referentin und in den letzten Jahren als Büroleiterin des LINKEN Wirtschaftssenators in Berlin ist sie ein „alter Hase“ in der Landespolitik. Die gebürtige Dresdnerin hat in Leipzig Kulturwissenschaften und Kunstgeschichte studiert, sie lebt mit ihren zwei erwachsenen Kindern seit 1988 in Berlin, seit kurzem in Biesdorf.

Julia freut sich auf einen spannenden Wahlkampf und wird neben dem Engagement für Harald Wolf direkt am Ohr der Bürgerinnen und Bürger aktiv sein. Nach zehn Jahren in der Senatsverwaltung kennt sie die Vorgänge „hinter den Kulissen“ gut, ohne die Basis aus den Augen verloren zu haben. In den 1990-er Jahren war sie für das Bürgerbündnis Prenzlauer Berg Mitglied

der BVV, Ausschussvorsitzende und Vorsitzende des Frauenbeirates – kennt also die Abläufe in Bezirksparlament und Verwaltung. Für DIE LINKE ist Juliane seit langem in verschiedenen Politikfeldern aktiv. Die Themen „Gute Arbeit“ und „Gerechte Verteilung“ sind

ihr persönlicher Schwerpunkt im Kommunalpolitischen Forum. Gemeinsam mit dem Landesvorstand hat sie die Aktivitäten der LINKEN Frauen in Berlin organisiert. Ein schöner Erfolg ist die 1. Landesfrauenkonferenz am



Julia(ne) Witt.

Foto: privat

Petra Pau (MdB)

Der neue „Struwelpeter“

Der erste war stur, der zweite raffiniert, der dritte bedächtigt: Otto Schily (SPD), Wolfgang Schäuble (CDU), Lothar de Maiziere (CDU). Nun habe ich es im Bundestag mit „meinem“ vierten Bundesinnenminister seit 1998 zu tun: Hans-Peter Friedrich (CSU), ein Hau-Drauf-Bayer. Kaum vereidigt, so war ihm Gott helfe, legte er sich mit muslimischen Repräsentanten in Deutschland an und stellte sie unter Terror-Verdacht. Die wiederum verzichteten darob vorerst und logisch auf weitere Gespräche mit ihm.

Diese Wallungen waren noch nicht geglättet, da forderte Friedrich flugs mehr Befugnisse für Geheimdienste, Bundeswehreinheiten im Innern und erneut die Vorratsspeicherung aller Telekommunikationsdaten. Das sei er Deutschen und deren Sicherheit schuldig, sagt er. Mit alledem begibt er sich auf Kriegspfad wider das Grundgesetz. Das besagt zum Beispiel, dass die Bundeswehr – von überregionalen Katastrophenfällen abgesehen – im Inneren nichts zu suchen hat, aus historischen, sachlichen und politischen Gründen.

„Der gute Käs' hat Löcher.“ Beim G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 wurde die Bundeswehr zum Beispiel gegen Globalisierungskritiker eingesetzt. Damals düsten Kampffjets im Tiefflug über ein Camp mit Demonstranten, eine

20. Mai. Mit Kerstin Liebich organisiert sie den Berliner Frauenkreis, dem Schülerinnen ebenso wie die Vorstandsvorsitzende der BVG angehören. Sie ist Herz und Motor dieser Begegnungs- und Diskursplattform, in der schon viele Kontakte geknüpft und Hilfspro-

Drohung, ein Verfassungsbruch. Hans-Peter Friedrich (CSU) will das Loch legalisieren. Im „Kampf gegen den Terrorismus“, sagt er. Notfalls müsse man das Grundgesetz ändern.

Bürgerrechte? Ja, in guten Zeiten. Aber die Zeiten seien schlecht, mahnt er. Also permanenter Ausnahmezustand?

Verbindungs- und Verortungsdaten wurden schon einmal gespeichert: Wer hat wann von wo mit wem telefoniert, eine E-Mail oder SMS geschickt oder welche Internetseite aufgerufen. Die so „gesicherten“ Daten wurden sechs Monate lang gehortet. Rechtswidrig, urteilte das Bundesverfassungsgericht. Gut so! Nur mal angenommen: Jeder Zweite telefoniert am Tag nur einmal, verschickt eine SMS und E-Mail und ruft obendrein eine Webseite auf, so ergibt allein das im Halbjahr 60.000.000.000 Datensätze. Einen Sack Flöhe hüten ist einfacher. Gleichwohl empfiehlt sich Minister Friedrich als Wiederholungstäter.

Alle Bundesinnenminister – sie gelten auch als Verfassungsminister – hatten stets Probleme mit dem Grundgesetz (sic). Aber Hans-Peter Friedrich folgt offenbar einem besonderen Vorbild: seinem Namens-Vetter aus dem schrecklich-schaurigen Kinderbuch „Der Struwelpeter“.

jekte angeschoben worden sind. Und – vielen von uns ist Juliane Witt als Macherin der „Guten Nachrichten“, dem beliebten Kundenbrief für die Themen Wirtschaft, Arbeit, Stadtraum und Frauen – darunter auch Nachrichten aus unserem Bezirk, bekannt.

An Marzahn-Hellersdorf schätzt sie vor allem die direkte, herzliche Art der Menschen. Dass sie sich nun hier in die politische Verantwortung wagt, hat sich aus der engen Zusammenarbeit mit Genossinnen und Genossen des Bezirkes auf der Landesebene ergeben. „Wenn LINKE Politik beweisen kann, was soziale Gerechtigkeit bedeutet, dann hier in Marzahn-Hellersdorf“, sagt sie. Julia hat sich bei uns als Kandidatin für die Bezirksverordnetenversammlung beworben und wurde auf Platz 13 mit einem guten Stimmenergebnis gewählt. An den Antworten auf die strategischen Fragen des demographischen Wandels, der Schere zwischen Arm und

Reich und der Trennung der Bevölkerung in urbane Mittelschicht und Ausgrenzte will sie hier mitarbeiten. Wir freuen uns auf ihre reiche Erfahrung, ihr organisatorisches Talent und ihre phantasiereiche Netzwerkerei!

Sabine Behrens

Mitgliedsbeitrag in der Partei DIE LINKE

Immer wieder erreichen uns Fragen zum Mitgliedsbeitrag. Dieser wurde mit Neugründung der LINKEN ebenfalls neu geregelt und gilt seit 2007. Die angegebenen Beträge in der jeweiligen Einkommensspanne sind jeweils Mindestbeträge.

Hier die Beitragstabelle

Monatl. Nettoeinkommen	monatl. Beitrag
in Euro	in Euro
unter 400	1,50
über 400 bis 500	3,00
über 500 bis 600	5,00
über 600 bis 700	7,00
über 700 bis 800	9,00
über 800 bis 900	12,00
über 900 bis 1000	15,00
über 1000 bis 1100	20,00
über 1100 bis 1300	25,00
über 1300 bis 1500	35,00
über 1500 bis 1700	45,00
über 1700 bis 1900	55,00
über 1900 bis 2100	65,00
über 2100 bis 2300	75,00
über 2300 bis 2500	85,00

darüber: 4 Prozent des Nettoeinkommens
Außerdem zahlen Mitglieder mit einem monatlichen Nettoeinkommen von über 700 Euro einmal im Jahr (möglichst im Mai) einen Mindestbeitrag in Höhe von **6,00 Euro für die Europäische Linke** (als Jahresbeitrag), alles vornehmlich per Lastschriftverfahren.

SPD nimmt Mietentwicklung endlich zur Kenntnis

Is vor kurzem hat Stadtentwicklungs-senatorin Ingeborg Junge-Reyer die Zahlen des neuen Mietspiegels geheim gehalten. Das verwundert nicht. Jetzt musste auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Michael Müller einräumen, dass der Berliner Wohnungsmarkt angespannt ist und die Mieten in der Stadt deutlich gestiegen sind. Das betrifft besonders Menschen mit geringem Einkommen und sozial Benachteiligte.

Die nun offiziell zu erwartenden Zahlen stützen die langjährigen Forderungen der LINKEN zur Mietpreis- und Belegungsbindung. Insbesondere die städtischen Wohnungsgesellschaften müssen in die Lage versetzt werden, den kommunalen Wohnungsbestand durch Zukauf und Neubau wieder auszuweiten. Für Förderungen stellen sie dem Land im Gegenzug entsprechende Belegungsrechte zur Verfügung.

Auch die Forderung der LINKEN, den Schutz vor Kündigungen bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen auf zehn Jahre und weitere Gebiete in der Stadt auszudehnen,

sollte schnellstmöglich von der Stadtentwicklungsverwaltung umgesetzt werden. Die bisherige Regelung läuft im August aus.

Auf der Tagesordnung steht auch die Wiedereinführung der Zweckentfremdungsverbotsverordnung, um der zunehmenden Umnutzung von Wohnungen, insbesondere für gewerblich betriebene Ferienwohnungen, entgegenzutreten. Außerdem kann auf Basis der vorliegenden Zahlen nun endlich der Vorschlag der LINKEN für die Neuregelung der Kosten der Unterkunft für Arbeitslosengeld-2-Empfänger umgesetzt werden. Das schafft Rechtssicherheit für die Betroffenen und verhindert Zwangsumzüge.

Von den Grünen darf man erwarten, dass sie in Ländern, wo sie Regierungsverantwortung tragen, die Bundesratsinitiative von Rot-Rot zum Schutz vor Mietsteigerungen infolge energetischer Sanierung oder Modernisierung unterstützen.

Klaus Lederer
Landesvorsitzender DIE LINKE. Berlin

Demokratie statt Gesinnungsschnüffelei fördern!

Am 27.5. brachte Berlin eine Bundesratsinitiative gegen die sogenannte Demokratietierklärung ein.

DIE LINKE begrüßt die Bundesratsinitiative des Berliner Senats gegen diese Erklärung, die sämtliche bundesgeförderten Projekte der Demokratietierklärung und ihre möglichen Partner und Referenten auf die freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland verpflichten soll.

Das ist eine pauschale Misstrauenserklärung gegenüber den vielen Initiativen, die sich gegen Extremismus und für die Demokratie engagieren. Es geht aber darum, die Demokratie zu stärken und Rechtsextremismus entgegenzuwirken, statt die wichtige Arbeit dieser zivilgesellschaftlichen Institutionen zu behindern, indem man von ihnen verlangt, andere Projekte und Initiativen auszuschneffeln.

Wir hoffen sehr, dass die Berliner Initiative aus anderen Bundesländern Unterstützung erhält. Insbesondere die rot-grün und grün-rot geführten Landesregierungen sind aufgefordert, ihren Worten Taten folgen zu lassen.

Klaus Lederer

Vom alltäglichen Wahnsinn mit Hartz IV: Heute: Der Regelsatz

Ausnahmsweise berichte ich heute nicht von einzelnen Menschen, die in der AIG-2-Sprechstunde der LINKEN in der Henny-Porten-Straße Rat und Hilfe suchen. Ohne eine konkrete Vorstellung vom Regelsatz lässt sich schwer ermes-sen, was Zahlungsverzögerungen, Falsch-Berechnungen, Darlehens-Rückzahlungen oder Kürzungen für die Betroffenen bedeuten.

Seit 1.1.2011 gilt der nebenstehende Regelsatz als soziales Existenzminimum für Langzeit-Arbeitslose. Dieser Regelsatz ist Ergebnis einer Neu-Berechnung nach einem Urteil des Bundes-Verfassungsgerichts vom Februar 2010. Er wird diesem Urteil nicht gerecht. Nachdem alle Register gezogen worden waren, das Existenzminimum kleinzurechnen, ging man noch mal mit dem Rotstift durch und reduzierte den Betrag um einige Posten, die nach Auffassung von Frau von der Leyen und Co. für das soziale Existenzminimum nicht erforderlich sind.

Sieht man sich die Ausgaben-Gruppen im Einzelnen an, springt die Realitätsferne dieser Regelsätze förmlich ins Auge. Die Wohnung wird im Sommer renoviert, denn man muss auf Strom verzichten, um das nötige Geld dafür anzusparen. Die zugestandenen Kosten für Verkehr reichen nicht

mal im rot-roten Berlin für ein Sozialticket, geschweige denn anderswo für eine Monatskarte. Und von den monatlich 7,16 EUR Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen kann man sich dann den Jahresurlaub zusammensparen, denn für eine gesellige Runde in einer Gaststätte reicht das so und so nicht. Also wenigstens Urlaub im Garten oder auf

Regelleistung für erwachsene alleinstehende Alg II-Empfänger/innen ab 1.1.2011

<i>Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke:</i>	128,46
<i>Bekleidung und Schuhe:</i>	30,40
<i>Wohnen, Energie und Instandhaltung: Innenausstattung,</i>	30,24
<i>Haushaltsgeräte u. -gegenstände:</i>	27,41
<i>Gesundheitspflege:</i>	15,55
<i>Verkehr:</i>	22,78
<i>Nachrichtenübermittlung:</i>	31,96
<i>Freizeit, Unterhaltung, Kultur:</i>	39,96
<i>Bildung:</i>	1,39
<i>Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen:</i>	7,16
<i>andere Waren und Dienstleistungen, z.B. Hygiene:</i>	26,50
<i>Die somit insgesamt 361,81 Euro für den Regelsatz wurden auf 364 Euro aufgestockt.</i>	

Balkonien? Denkste. „Im System der Mindestsicherung ist die Unterhaltung eines Gartens als nicht existenzsichernd zu bewerten.“ (BT-Drs.17/3404, S.101) Und so wurden auch gleich die Kosten für Gartenpflege-Artikel und Camping-Artikel aus der Abteilung Freizeit, Unterhaltung, Kultur herausgerechnet, ebenso wie Kosten für Zimmerpflanzen und

Haustiere. Für soziale Kontakte bleiben da noch Familienfeste: aber ohne ein Glas Sekt zum Anstoßen oder Schnittblumen für das Geburtstagskind oder einen Tannenbaum zu Weihnachten ... – die sind herausgerechnet. Und für die Anschaffung von allen Haushaltgeräten wie Waschmaschine, Kühlschrank usw. muss man nur die dafür vorgesehenen 27,41 EUR monatlich richtig sparen und nicht für herausgerechnete Dinge verprassen. Warum sonst ist die Darlehensquote für solche Dinge so hoch?

Und wenn sich der „Hängematten-Wälzer“ endlich durch die Segnungen des Forderns durch Hartz IV zu Fuß zum Bewerbungsgespräch begeben will, findet er/sie kein Kostüm oder keinen Anzug, die man chemisch reinigen müsste: Die Kosten für Chemische Reinigung wurden herausgerechnet, da Arbeitslose solche Kleidung nicht haben.

Selbst der Vizepräsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Alt, kommt nicht umhin, in einem Interview mit dem Tagesspiegel festzustellen: „Nur Lebenskünstler können auf Dauer von 364 Euro im Monat leben. Als Überbrückung ist das vertretbar, aber auf lange Sicht ist Transferbezug menschenunwürdig.“

Mehrere Studien belegen: 500,00 EUR sind notwendig zum Leben in der BRD.

Wir brauchen mindestens ein repressionsfreies, Existenz und Teilhabe sicherndes Grundeinkommen! Hartz IV muss weg!

Sonja Hildebrandt

„Ein kostenloses Mittagessen für alle Kinder wäre sinnvoller und wirksamer gewesen“

In der Mai-Sitzung der BVV befragte die Linksfraktion das Bezirksamt u.a. zu den Ergebnissen des Frühjahrsputzes am U-Bhf. Kaulsdorf-Nord. Bürgermeisterin Dagmar Pohle hatte zusammen mit der BVG und der Wohnungsbaugesellschaft „Stadt und Land“ für Anfang Mai zum großen Reine-Machen eingeladen. Manch einer kennt solche Aktionen auch unter dem Namen „Subbotnik“. Dagmar Pohle berichtete, dass es u.a. in den USA ebenfalls solche freiwilligen Arbeitseinsätze gebe. Dort heißen diese „Cleanup Day“. An der Aktion nahmen viele BürgerInnen aus dem Stadtteil und MitarbeiterInnen der beteiligten Gesellschaften teil. Das Resultat kann sich sehen lassen, sodass bereits über weitere Termine nachgedacht wird.



Legten selbst mit Hand an den Besen v.r.n.l.: Bürgermeisterin Dagmar Pohle, Dr. Sigrid Nikutta, Vorstandsvorsitzende der BVG, und der Geschäftsführer der STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mbH, Ingo Malter. Foto: M. Volkert

Bei den Großen Anfragen wollten Ute Thomas und Regina Kittler für DIE LINKE wissen, wie das Bezirksamt zum sogenannten Bildungs- und Teilhabe-paket der Bundesregierung steht und wie es in Berlin bzw. dem Bezirk umgesetzt wird. Hierbei wurde deutlich, dass die ErzieherInnen und LehrerInnen von der

Bundesregierung weitgehend allein gelassen werden. Praktische Fragen der Umsetzung wurden zumeist nicht bedacht und zum Teil wurden bürokratische Hürden geschaffen, die den Betroffenen eher selten wirkliche Teilhabe ermöglichen.

Regina Kittler: „Ein kostenloses Mittagessen für alle Kinder wäre sinnvoller und wirksamer gewesen“.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde u.a. ein Antrag beschlossen, der sich für die Sicherung der Grundwasserregulierung in den Siedlungsgebieten Kaulsdorf und Mahlsdorf ausspricht. Lediglich die Grünen stimmten gegen dieses Anliegen. **Bjoern Tielebein**

Stadtentwicklung – sozial und ökologisch?

Zieht man eine Bilanz des Bereiches „Stadtentwicklung“, kommt man nicht an den Herausforderungen des „Stadtumbaus“ vorbei. Durch den Abriss nicht mehr benötigter Wohnungen halbierte sich der Leerstand, Infrastruktureinrichtungen wie Schulen und Kitas wurden zurückgebaut. Dabei konnten, wie im Cecilien- und Schorfheideviertel, gemeinsam mit Einwohnerinnen und Einwohnern Nutzungskonzepte entwickelt werden, Ideen aus der Planungsworkstatt zu den „Ringkolonnaden“ werden umgesetzt.

Der demografische Wandel wird aber eine Aufgabe für die Stadtentwicklung bleiben, einige Schulen und Kitas werden künftig in Gebieten mit steigenden Kinderzahlen wieder benötigt werden. Auch die Umsetzung von Stadterneuerungsprogrammen wie an der Marzahner Promenade und der Maßnahmen des Quartiersmanagements in Marzahn-NordWest, an der Mehrower Allee und rund um die Hellersdorfer Promenade werden uns weiter beschäftigen.

Alltägliche Aufgabe der „Stadtentwickler“ ist aber die Beurteilung von Bauvorhaben sowie die Entwicklung bzw. Begleitung von Bebauungsplanverfahren. Hier sind Konflikte vorprogrammiert. Versteht man sich primär als „Dienstleister“ für Bauwillige und Investoren oder folgt man, fachlich und rechtlich begründet, Leitbildern oder „Visionen“, zum Beispiel dem Erhalt und der Stärkung bestehender Siedlungsstrukturen?

Der Sicherung der Nahversorgung und einer geordneten Entwicklung des Einzelhandels dient das 2008 beschlossene und in Fortschreibung befindliche Zentrenkonzept des Bezirkes. Oder ist die Ansiedlung von Centern an Hauptverkehrsstraßen nach amerikanischem Vorbild eine Alternative?

Die Entwicklung eines Nachhaltigkeitsprogramms auf der Grundlage der Lokalen Agenda 21 wurde in Angriff genommen.

Angesichts der Haushaltssituation gibt es besondere Herausforderungen bei der Entwicklung der Umweltbildung und bei der Realisierung unserer Verpflichtungen als Unterzeichner der Deklaration zum Erhalt der natürlichen Artenvielfalt.

Frank Beiersdorff

Kurz berichtet:

Aus dem Bezirksvorstand

Verständlicherweise spielen im Bezirksvorstand Probleme der Kommunalpolitik eine große Rolle. Aber gute Kommunalpolitik funktioniert nicht außerhalb der Bundes- und Landespolitik, und so hat sich der Bezirksvorstand in den letzten Sitzungen auch ausführlich mit dem Zustand der LINKEN im Bund und im Land Berlin beschäftigt. Und da gibt es nicht nur Erfreuliches. Auf Bundesebene gibt DIE LINKE trotz mancher Erklärungen, Beteuerungen und Versprechen nach wie vor ein „zerstrittenes“ Bild ab. Dabei sind es nicht die unterschiedlichen Auffassungen zu verschiedenen Fragen an sich, die beunruhigen – diese Unterschiede sind ja allgemein bekannt. Es geht um einen Diskussionsstil, bei dem mancher von vornherein unterstellt, dass nur er selbst die „richtige“ Meinung hat. Aber ohne Respekt vor der Meinung des Diskussionspartners – auch wenn man sie nicht teilt – ist eine vernünftige Auseinandersetzung nicht möglich. Und der Bundesvorstand erweckt mitunter den Eindruck, als würden Meinungsverschiedenheiten geradezu kultiviert. Man hat keineswegs immer das Gefühl, dass sie dem Anliegen einer einheitlich handelnden Partei untergeordnet werden. Und was den Umgang mit den Medien angeht, da fällt mir ein Zitat ein: „Eine Gelegenheit, den Mund zu halten, sollte man nie vorübergehen lassen.“ Das ist von Curt Goetz, der kannte DIE LINKE nicht, aber es ist trotzdem bedenkenswert. Mit Respekt vor der Meinung des anderen kulturvoll zu streiten – das sollte doch möglich sein. Und auch die Landespolitik unserer Partei ist wohl noch nicht so ganz darauf eingestellt, dass wir in weniger als vier Monaten Wahl-

haben. Wir regieren das Land zusammen mit der SPD, haben einen Koalitionsvertrag und freuen uns, als zuverlässiger Partner anerkannt zu sein. Zuverlässigkeit ist eine gute Eigenschaft, aber bitte auch gegenüber sich selbst. Im Landeswahlprogramm steht: „Deshalb wollen wir das Mindestwahlalter auch für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus auf 16 Jahre absenken.“ Ein entsprechender Antrag – von den Grünen – stand kürzlich zur Abstimmung, da muss DIE LINKE natürlich zustimmen ... nein, leider nicht, sie hat sich enthalten, weil der Koalitionspartner es so wollte. Zuverlässigkeit gegenüber dem Koalitionspartner, aber nicht gegenüber dem eigenen Wahlprogramm – es hat viele Versuche gegeben, mir das zu erklären, so richtig verstanden habe ich es bis heute nicht, mancher andere auch nicht. Wir haben Wahlkampf, da ist die SPD nicht unser Partner, sondern unser Konkurrent, und da zählt das Wahlprogramm mehr als der Koalitionsvertrag. Das ist keine allgemeine Aufforderung zum Bruch des Koalitionsvertrags, sondern zur Verantwortung gegenüber dem, was der Landespartei beschlossen hat. Warum sollten die Wähler eine LINKE wählen, die ihre Wahlzusagen schon vor der Wahl bricht? Das ungeschickte Taktieren in der Frage der „Wasserverträge“ hat uns Ansehen gekostet. Die (sachlich durchaus begründeten) Bedenken gegen den § 4 dieses Gesetzes sind aber ebenso schwer vermittelbar wie die Argumente zur Enthaltung beim Wahlalter. Glaubwürdigkeit ist unteilbar – und das ist im Wahlkampf besonders wichtig.

Bernd Preußer

Gedenken aus Verantwortung

Seit 1999 erinnern auf meine Einladung Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlung, Bezirksamtsmitglieder, Kameradinnen und Kameraden des VVN BdA und viele Bürgerinnen und Bürger am Ehrenmal auf dem Marzahner Parkfriedhof und seit sechs Jahren auch am Ehrenmal Brodauer Straße voller Dankbarkeit an den aufopferungsvollen, mit unermesslichem Leid verbundenen Kampf der Sowjetarmee und der alliierten Streitkräfte, die dem II. Weltkrieg ein Ende setzten und das grausame Naziregime in seiner eigenen Bruthöhle zum Teufel jagten.

Der 8. Mai 1945, der Tag, an dem die Deutsche Wehrmacht in Karlshorst bedingungslos kapituliert, steht seitdem für die Befreiung Europas vom Faschismus. Wir stehen hier im ernstesten Gedenken und aufrichtiger Dankbarkeit für die Befreier. Nicht in jedermanns Kalender ist dieses Datum so festgeschrieben, wie es ihm zukommt. Warum wird heute – 66 Jahre, nachdem in Berlin die Waffen schwiegen – der 8. Mai öffentlich nur als Muttertag gefeiert? Für Goebbels und Konsorten waren Frauen vor allem als „Soldatenmütter“ von Nutzen – als „Produzentinnen“ von „Kanonenfutter“. Es waren am 8. Mai 1945 Mütter und Väter, Junge wie Alte, die bei ihrem Leben geschworen hatten: „Lieber ein Leben lang nur trocken Brot essen, als jemals wie-

der einen Tag Krieg erleben.“ Wir sollten nicht vergessen, dass die Botschaft „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ sich nicht im Selbstlauf erfüllt. Nur das aktive Handeln von verantwortungsbewussten Menschen bietet Gewähr, dass das Blut der Befreier nicht umsonst geflossen und der Schwur der Befreiten nicht vergessen ist.



Petra Wermke (Bildmitte) auf dem Weg zum Ehrenmal für die im 2. Weltkrieg gefallenen Soldaten der Roten Armee.
Foto: Jonas Pohle

Heute gibt es eine erschreckende Umwidmung der Geschichte – besonders in Bezug auf das Ende des II. Weltkrieges. Die Opfer, die all die Armeen aufbrachten, um uns die Freiheit zu bringen – im Westen die der USA, Großbritanniens und Frankreichs, im Osten der Sowjetunion und Polens, die Vielzahl der europäischen Partisanen und antifaschi-

stischen Widerstandskämpfer – sind heute an den Gedenkortern kaum als Befreiungstaten zu erkennen, sondern als Siegergeboten, dem das deutsche Volk als Opfer ausgesetzt war. Diese Wahrnehmung ist so wahr wie sie verlogen ist. Ja, es hat – um dieses Beispiel anzuführen – verabscheuungswürdige Vergewaltigungen und Plünderungen marodierender Soldaten aller Streitkräfte gegeben. Liegen darin aber Wesen und Lehren des

II. Weltkrieges begründet? Wird mit der Fokussierung auf die Gräueltaten am Rande der Feldschlachten nicht die Tatsache verdeckt, dass der Krieg als solcher eine Gräueltat ist, deren Verursacher zu verurteilen sind? Es war und bleibt der deutsche Faschismus, der die Welt in einen Krieg stürzte, der mehr als 50 Millionen Menschen das Leben raubte und damit auch Tod und Schande über unser Volk brachte. Liebe Leserinnen und Leser, lassen Sie uns verantwortungsbewusste Menschen sein!!

Petra Wermke
Vorsterin der BVV

„Wir setzen uns hier vor Ort mit den politischen Rahmenbedingungen der BRD auseinander“.

Als DIE LINKE bei den Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung im Jahr 2006 erneut stärkste politische Kraft geworden war, nahmen wir uns vor, auch weiterhin kommunalpolitische Akzente durch eine bürgernahe Politik zu setzen, in der der Kampf um soziale Gerechtigkeit und solidarisches Miteinander im Mittelpunkt stehen. Dabei hat es eine enge und auch vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Fraktion der LINKEN und den gewählten Mitgliedern des Bezirksamtes mit dem Mandat der LINKEN gegeben. Denn solidarisches Miteinander, das wir in der Gesellschaft erreichen wollen, fängt bei uns selber an. Um so bedrückender war es für mich, dass kurz vor Ende der Wahlperiode Norbert Lüdtke abgewählt werden musste.

Unsere Kommunalpolitik war und ist darauf gerichtet, Entscheidungen für den Bezirk transparent und partnerschaftlich mit den Bürgerinnen und Bürgern des Bezirkes zu treffen. Regelmäßige Einwohnerversammlungen in allen neun Stadtteilen, Bürgersprechstunden vor Ort, Bürgerhaushaltsverfahren, mit dem nicht nur Wünsche und Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger gesammelt werden, sondern über deren Umsetzung regelmäßig Rede und Antwort gestanden wird, gehören zur demokratischen Selbstverständlichkeit. Mit diesen Erfahrungen im Gepäck,

war für mich der diesjährige Deutsche Städtetag von großem Interesse, zogen sich doch Betrachtungen zur kommunalen Demokratie wie ein roten Faden durch alle Beiträge – und das bestimmt nicht nur, weil wir in Stuttgart getagt haben. Der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude, neu gewählter Präsident des Deutschen Städtetages, warb dafür, „noch mehr Demokratie zu wagen ... Dazu gehört eine frühere und bessere Information, die tatsächlich alle Zielgruppen der Gesamtbevölkerung erreicht, eine Herstellung von Öffentlichkeit in Zukunftsfragen und eine Dialogbereitschaft, bevor die Würfel fallen“.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik sind so, dass sie auch gravierende Auswirkungen auf die Stadtgesellschaft und das Zusammenleben der Menschen vor Ort haben. Im Rahmen bestehender kommunaler Handlungsmöglichkeiten gegenzusteuern ist ein wichtiger Anspruch linker kommunaler Politik, dem wir uns verpflichtet haben. Soziale Spaltung und Ausgrenzung sind Ergebnis und Auswirkung gesellschaftlicher Verhältnisse. Einer Migrationspolitik im Bund, die die Fragen des Perspektiven der Migrantinnen und Migranten und der Förderung ihrer Integration über Jahrzehnte ausgeblendet und verhindert hat, haben wir vor Ort ein eigenes Integrationsprogramm entgegengesetzt, das die Bezirksverwaltung und die

Organisationen der Mehrheitsgesellschaft in die Pflicht nimmt, um die Integrationsbedingungen vor Ort zu verbessern.

Einer Bildungs- und Schulpolitik, die das Versprechen der Chancengleichheit aus den 1970er Jahren der alten BRD nicht wirklich eingelöst hat, setzen wir eine Schul- und Bildungslandschaft, auch dank Rot-Rot in Berlin, entgegen, zu der Kitas für alle und eine Schullandschaft gehören, in der auch Gemeinschaftsschulen eine gute Perspektive haben. Einer falschen Sozialpolitik am Rande der Gesellschaft, die in einer „immer perfekteren Maschinerie der Sozialverwaltung, Alimentation in der Not sicher(ge) stellt, aber ernsthafte Unterstützung für bessere Teilhabechancen im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt vielfach versäumt hat...“ (Stephan Articus, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages), stellen wir Fördermöglichkeiten und Unterstützung von Familien, Angebote der Nachbarschafts- und Gemeinwesenarbeit und Jugend- und soziokulturelle Angebote entgegen, um Desintegration und sozialer Spaltung entgegenzuwirken. Für manchen mag der Feriensommer, den wir seit mehr als fünf Jahren mit vielen Partnern organisieren, ein „Klax“ gegen diese unsolidarische Gesellschaft sein. Für mich ist es ein Stück gelebte Solidarität!

Dagmar Pohle, Bezirksbürgermeisterin

Dr. Detlef Nakath zu Gast im Marzahner Gesellschaftspolitischen Forum

Der Weg in die deutsche Einheit – Wiedervereinigung oder Anschluss.

Auch über zwanzig Jahre nach dem 3. Oktober 1990 bewegt die Frage nach Alternativen auf dem Weg in die deutsche Einheit immer wieder die Gemüter. Ist das „Schnee von gestern“, allenfalls noch eine Frage für Historiker im akademischen Elfenbeinturm? Oder gibt es auch heute noch aktuelle Nachwirkungen?

Der Historiker Peter Bender hat das Motiv für Notwendigkeit der Suche nach Antworten 1999 so formuliert: „Wenn wir in einem gemeinsamen Staat miteinander leben, müssen wir einander kennen, um zu begreifen, warum wir uns in vielem unterscheiden, und in vielem einander gleich geblieben sind. Wir müssen eine Vorstellung von der Geschichte des anderen Staates haben, um zu verstehen, welche Verhältnisse den ‚Wessi‘ und welche den ‚Ossi‘ hervorgebracht haben. Lernen

Kabarett mit Olaf – das war was!

Olaf-Michael Ostertag, unser Kandidat der LINKEN für die nächste Bezirksverordnetenversammlung, hatte uns zur Vorpremiere seines politisch-satirischen Kabarettprogramms eingeladen. Das war was!

Wir, einige aus unserer Basisgruppe, wurden

um ein Erlebnis reicher. Er nennt sein Programm „Gera-dezu PERVERS normal“. Im Zimmertheater der Kultschule in der Sewanstraße, wir waren 12 Gäste und der Raum war voll, brachte Olaf



politisch-satirisch und hochaktuell „die Reise eines Normalos durch eine perverse, eine verrückte Welt“. Übrigens, so ein Zimmertheater hat auch so eine besondere Atmosphäre, fast familiär.

Einen Eindruck von Olafs Schauspielkunst bekam ich bereits zu unserer Hauptversammlung, als er in der Pause den Genossen Ernst karikierte - und nun diese Darbietungen. Nicht nur, dass wir viel gelacht haben, mir blieb manches Mal das Lachen im Halse stecken, alles, was er darlegte und darstellte, entsprach so voll und ganz meinen Intentionen. Er konnte auf so schöne, satirische Art ausdrücken, was ich schon in meinem Inneren empfunden habe. Und wie viele Sachverhalte und Themen er ansprach und sie mimisch hervorragend lustig untermalte, schön und nachdenklich!

Es war für uns ein wirkliches Erlebnis. Ein Danke an Olaf, und wir wünschen ihm noch viele solcher Veranstaltungen.

Bodo Lützenberg/Foto: Edith Pfeiffer

müssen beide.“ Genau eben das bewegt die Gemüter und deshalb hat Dr. Detlef Nakath seine Forschungsergebnisse im Marzahner Gesellschaftspolitischen Forum vorgestellt.

Dr. sc. phil. Detlef Nakath, Jahrgang 1949, gehört als Historiker zu den ausgewiesenen Experten der neueren deutschen Geschichte, insbesondere der Geschichte der deutschen Außenpolitik. Er ist Autor bzw. Herausgeber zahlreicher Publikationen zur deutschen Zeitgeschichte, darunter: „Von Hubertusstock nach Bonn“ (1995), „Die Häber-Protokolle“ (Berlin 1999, gemeinsam mit Gerd-Rüdiger Stephan), Protokollband des Außerordentlichen Parteitages der SED/PDS 1989 (Berlin 1999, gemeinsam mit Gerd-Rüdiger Stephan und Lothar Hornbogen), Deutsch-deutsche Grundlagen (Schkeuditz 2002) sowie der Handbücher „Die SED“ (1997), „Parteien und Organisationen der DDR“ (2002) und „Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000“ (Berlin 2006, gemeinsam mit Clemens Burrichter und Gerd-Rüdiger Stephan). Dr. Nakath ist Mitglied der Leibniz-Sozietät und Geschäftsführer der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg.

Dr. Nakath eröffnete seinen Vortrag mit der Frage, ob es sich denn bei der „Wiedervereinigung“ um die Herstellung eines Normalzustandes handelte, wie es uns der politische und historische Mainstream seit 1990 zu suggerieren versucht. Die Antwort: Natürlich nicht! Denn so ein deutsches Staatsgebilde wie das gegenwärtige Deutschland gab in der Geschichte noch nicht, nicht im Mittelalter, nicht zu Kaisers Zeiten, nicht in der Weimarer Republik, nicht in der Zeit des Faschismus, nicht einmal 1945 bis 1949 in der Zeit der al-

liierten Besatzungszonen. Damit schloss der Referent die These von der Wiedervereinigung als historisch nicht zutreffend aus. Aber es war nach seiner Auffassung auch kein Anschluss, denn am 18. März 1990 votierte das Volk der DDR bei 95 % Wahlbeteiligung mit übergroßer Mehrheit die „Erweiterung der D-Mark-Zone“. Er setzte das Agieren der DDR-Bevölkerung mit der Rekonstruktion der zeitlichen Abläufe auf den deutsch-deutschen und außenpolitischen Bühnen ins Verhältnis und zeigte einerseits, wie eng das historische Zeitfenster für die deutsch-deutsche Vereinigung war, und andererseits, wie wenig souverän deutsche und andere (ost-)europäische Regierungen diesen gesellschaftspolitischen Umwälzungen gegenüberstanden, im Ergebnis dessen das Ende des alternativen sozialistischen Gesellschaftsmodells in Gestalt des „real existierenden Sozialismus“ besiegt wurde.

In der anschließenden Diskussion wurde auch die eingangs gestellte Frage nach Alternativen wiederholt, und ob es dafür überhaupt Spielräume gab. War es nicht doch eine staatlich verordnete Vereinigung „von oben“? Welche Chancen hatte die Verfassung des Rundes Tisches? Sind Innen- und Außenpolitik nicht von der Wirtschaft abhängig? Ja, natürlich gab es Möglichkeiten für Alternativen, aber die Spielräume waren gering, und sie dürfen vor allem nicht durch subjektive Wahrnehmungen und Spekulationen verklärt werden und dadurch vom eigenen Anteil am Zusammenbruch der DDR ablenken. Auch das war ein Fazit dieses Abends.

Dr. Wolfgang Girnus

Aus den Siedlungsgebieten

BVV prüfte Vorschläge zum Bürgerhaushalt!

Der Hauptausschuss der BVV hat sich in seiner Sitzung im Mai 2011 mit den Vorschlägen zum Bürgerhaushalt beschäftigt. Zuvor haben sich die Fachausschüsse der BVV mit den Abteilungen der Bezirksverwaltung beraten und eine Empfehlung für jeden einzelnen Vorschlag vorgenommen. Die Stellungnahmen der Verwaltung und die Empfehlungen der Fachausschüsse wurden bei der Beschlussfassungen des Hauptausschusses mit diskutiert. Nicht alle Stellungnahmen der Verwaltungen waren ausreichend begründet. In diesen Fällen haben wir den Vorschlägen der Bürgerinnen und Bürger eine höhere Priorität eingeräumt.

Der Hauptausschuss beschloss, das Bezirksamt zu ersuchen, dem Voting der Bürgerinnen und Bürger gemäß der Rangfolge zu entsprechen, wenn die BVV ihre Zustimmung gegeben hat. Das gilt für die 61 Vorschläge in den Großsiedlungen genauso wie für die 56 Vorschläge aus den Siedlungsgebieten.

Im Stadtteil Biesdorf wurden 26, in Kaulsdorf 16 und in Mahlsdorf 14 Bürgervorschläge

zum Bürgerhaushalt eingereicht. Dazu gehörten zum Beispiel Vorschläge zum Umbau des Schlosses Biesdorf, zur Instandsetzung des Straßenbelages im Maisweg, die Verkehrsberuhigung im Dorf Kaulsdorf, die Beleuchtung im Wilhelmpark, die Gestaltung des Ortszentrums Mahlsdorf und die Schaffung einer Oberschule in den südlichen Siedlungsgebieten. Die BVV konnte die meisten Bürgervorschläge positiv bewerten.

Das Bezirksamt wird diese bei der Haushaltsplanaufstellung 2012/2013 berücksichtigen, sich an das Land Berlin oder andere öffentliche zuständige Einrichtungen wenden oder die Vorschläge im Rahmen der Investitionsplanung aufnehmen. Dabei ist auch klar: Nicht alles konnte aufgenommen werden. Jetzt ist es wichtig, dass alle beteiligten Bürgerinnen und Bürger eine Antwort erhalten, inwieweit ihre Vorschläge umgesetzt werden können.

Klaus-Jürgen Dahler

Fraktionsvorsitzender DIE LINKE in der BVV

Bundeskongress der Linksjugend 2011

Ein langes und arbeitsreiches Wochenende liegt hinter den rund 220 Delegierten und zahlreichen Gästen. Der Bundeskongress am 14. und 15. Mai 2011 in Hannover endet nach spannenden Diskussionen und zahlreichen Beschlüssen, nach leidenschaftlichem Mit-, solidarischem Gegen- und teilweise Durcheinander und stellt erfolgreich die Weichen für die kommenden zwölf Monate.

Ein zentrales Projekt in diesem Jahr wird demnach die Unterstützung der Klima- und Anti-AKW-Bewegung. Wir werden uns u.a. bei der Aktion Block Brokdorf im Juni und bei den Protesten und deren Vorbereitung im Wendland im November einbringen. Unterstützt werden neben den Kundgebungen auch die Aktionen des Zivilen Ungehorsams!

Wir fordern stärker denn je das sofortige Ende der unbeherrschbaren Atom-Technologie und der fossilen Energieträger. Klimarechtigkeit statt Wachstumszwang bedeutet für uns vor allem Vergesellschaftung der Energiekonzerne und die Überwindung kapitalistischer Produktionsweisen!

Auch der antimilitaristische Kampf nimmt einen zentralen Platz ein. Wir versuchen, die Rekrutierung junger SchülerInnen für die Bundeswehr zu verhindern, und unterstützen den Protest gegen die Afghanistan-Konferenz der Bundesregierung Anfang Dezember in Bonn und fordern den sofortigen Abzug der NATO-Armee. Wir streiten gegen geostrategisch motivierte und alle anderen Kriege und kritisieren alle Verhältnisse, die sie denkbar und lohnenswert machen.



Ein wichtiger Diskurs wird weiterhin die sogenannte „Integrationsdebatte“ von vermeintlichen „Islamkritikern“ à la Sarrazin sein. Wir bekämpfen diese Art der Menschenfeindlichkeit und benennen sie deutlich als das, was sie ist: Antimuslimischer Rassismus!

In Sachen Parteipolitik bringen wir uns von links in die Debatte um das Programm der LINKEN ein. Wir fordern u.a. eine uneigennützig Förderung sozialer Bewegungen, klarere antikapitalistische Kritik und den Beginn einer Debatte, die einen Sozialismus nicht als

bloßen stärker regulierten Sozial- und Nationalstaat denkt. Diskussionen gab es auch zur Frage von Regierungsbeteiligungen.

Innerverbandlich wollen wir die Angebote und Strukturen politischer Bildung stärken und für die Ortsgruppen transparenter und leichter nutzbar machen.

Gewählt wurde u.a. ein neuer, achtköpfiger BundessprecherInnenrat. Der vorhergehende wurde mit überwiegend positiven Stimmen und herzlichem Dank verabschiedet.

Linksjugend [‘solid] Bundesverband

G8-Gipfel in Deauville

Am 26. und 27. Mai 2011 fand der G8-Gipfel in Deauville, Frankreich statt. Wie jedes Jahr organisierte die Linksjugend entschlossenen Protest für eine andere Welt. Im Gegensatz zu den herrschenden Verhältnissen kämpfen wir für ein Leben ohne Unterdrückung und Ausbeutung! Das schöne Leben für alle ist immer noch möglich! Anders als in den letzten Jahren suchten wir jedoch nicht die direkte Auseinandersetzung mit der Sicherheitszone. Stattdessen führten wir unseren Protest international und dezentral fort. Ob

Stadtteilinitiative, Bezugsgruppe oder Bündnis, ob in der Großstadt oder auf dem Land, ob kraftvolle Großdemo, kritisches Theater oder sympatische Kleingruppen-Aktion – die Linksjugend rief dazu auf, Widerstand zu or-

ganisieren, lokale Kämpfe in den Kontext des Gipfelprotests zu stellen und auch künftig für ein Leben ohne Unterdrückung und Ausbeutung einzutreten.

Linksjugend [‘solid] Berlin



Veranstaltungen

Politische Bildung

- » **14.6., 19 Uhr**, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, Thema: „Gewerkschaften - damals und heute. Gewerkschaft Kunst in Ost und West.“, Referentin: **Sabine Schöneburg** (ver.di Berlin-Brandenburg), Moderation: Dr. Wolfgang Girnus, Eintritt: 1,50 Euro
- » **30.6. 19.30 Uhr**, Baukasten, Riesaer Straße 2, 12627 Berlin, **Sozialökologischer Umbau und Umweltgerechtigkeit: LINKE Nachhaltigkeitspolitik in Theorie und Praxis** - mit **Katrin Lompscher**, Senatorin für Gesundheit, Umwelt, Verbraucherschutz, und **Dr. Evelin Wittich**, Direktorin der Akademie für politische Bildung“, Rosa-Luxemburg-Stiftung

Unternehmerfrühstück

- » **8.6., 9 Uhr**, Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin, **Unternehmerfrühstück mit Harald Wolf**, Wirtschaftsminister, und **Dagmar Pohle**, Bezirksbürgermeisterin
Seit mehreren Jahren aus Veranstaltungen bekannt... gibt es nun das Linke Wirtschaftsforum auch im Internet <http://www.wirtschaftsforum.die-linke-berlin.de/>

Gesamtmitgliederversammlungen:

Wahlkreis 3

- » **8.6., 19.30 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, mit der Direktkandidatin **Dr. Gabriele Hiller**, Basisgruppensprechern und allen Mitgliedern der LINKEN, die im Wahlkreis wohnen; Beratung für die Vorbereitung des Wahlkampfes

Wahlkreis 2

- » **9.6., 19 Uhr**, Kieztreff interkulturell, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin, mit der Direktkandidatin **Dr. Manuela Schmidt**, Basisgruppensprechern und allen Mitgliedern der LINKEN, die im Wahlkreis wohnen; Beratung für die Vorbereitung des Wahlkampfes

Wahlkreis 1

- » **27.6., 19 Uhr**, Berliner Tschechow-Theater, Märkische Allee 410, 12689 Berlin, mit dem Direktkandidaten **Wolfgang Brauer**, Basisgruppensprechern Marzahn-NordWest und allen Mitgliedern der LINKEN, die im Wahlkreis wohnen; Beratung für die Vorbereitung des Wahlkampfes

Hinten links

„Sag' mir, wo die Blumen sind ...“

Vor 70 Jahren überfiel Hitlerdeutschland die Sowjetunion. Der Zweite Weltkrieg trat in seine endgültige, erbarmungsloseste Phase. Die sowjetischen Menschen vieler Nationalitäten brachten die meisten Opfer und trugen die Hauptlast zum Sieg über den deutschen Faschismus bei. Vor 15 Jahren massakrierte serbische Soldateska in Srebrenica Tausende moslemische Bosnier. Jetzt endlich ist der Befehlshaber dieser Gräueltaten, Radko Mladic, festgenommen. Er wird vor ein internationales Tribunal in Den Haag gestellt.

Frage

Wie bezeichnend für unsere heutige Welt ist die Tatsache, dass Russland von den G 8 soeben um die Vermittlung einer Friedenslösung für Libyen gebeten wurde?

R. Rüdiger

Bezirksvorstand

- » **7.6., 21.6., 5.7.** jeweils 19.30 Uhr Beratung des Bezirksvorstandes, im Linken Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

Basisgruppensprecher-Beratungen

- » **6.7., 18 Uhr** (BO Biesdorf) Theater am Park, Begegnungsstätte, Frankholzer Weg 4, 12683 Berlin
- » **6.7., 19.30 Uhr** (BO Wahlkreise 1, 2 und Bereich Springpfuhl) Kieztreff interkulturell, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin
- » **7.7., 19.30 Uhr** (BO Hellersdorf) Henny-Porten-Str. 10-12

BVV-Fraktion

- » **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mittwochs 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

Sprechstunden

- » **14.6., 19.30 - 20.30 Uhr**, **Wolfgang Brauer** (MdB), Petra Wermke (BVV-Vorsteherin), Bürgerzentrum Marzahn-Nordwest, Wörlitzer Straße 3a, 12689 Berlin
- » **20.6., 17 - 18 Uhr**, **Dagmar Pohle**, Bezirksbürgermeisterin, und **Regina Kittler**, stellv. Vorsitzende der Linksfraktion in der BVV, Turmzimmer, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin
- » **27.6., 16 Uhr**, **Dr. Margrit Barth** (MdB), Kieztreff interkulturell, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin
- » **27.6., 17 Uhr**, **Dr. Gabriele Hiller** (MdB), Kino „Kiste“, Heidenauer Straße 10, 12627 Berlin
- » **jeden Donnerstag, 10 - 13 Uhr**, **Klaus-Jürgen Dahler**, BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

Wanderausstellung des Bundestages

- » **14.-18.6.**, jeweils 9 - 18 Uhr, **Helle Passage** im Einkaufszentrum Helle Mitte, Eingang Fritz-Lang-Platz, 12627 Berlin
Besonderes **Höhepunkte am 15.6.:**
- 10 Uhr**, **Stefan Liebich** (MdB): **Arbeit des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages**,
- 10.30 Uhr**, **Halina Wawzyniak** (MdB): **Datenschutz in Zeiten des Internets und der digitalen Gesellschaft (im Zeitraum 10-12 Uhr Rechtsberatung zu Arbeitslosengeld 2 u.a.)**,
- 11 Uhr**, **Gesprächsrunde mit Gregor Gysi** (MdB) und **Petra Pau** (MdB) **zu aktuellen Themen**

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
(fon: 54 12 130/9953508 - fax: 99901561)

Offen:	Montag	13 - 17 Uhr
	Dienstag	9 - 17 Uhr
	Donnerstag	9 - 19 Uhr (außer 16.6.)
	Freitag	9 - 15 Uhr

Bitte beachten: Jeden Mittwoch ist der Linke Treff geschlossen. Am Donnerstag, 16.6., erst ab 13 Uhr geöffnet.

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrer Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin
fon: 54 12 130/9953508, fax: 99901561.

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Redaktionsschluss: 30.05.2011. Auslieferung ab: 01.06.2011. **Druck:** Eigendruck. „**Marzahn-Hellersdorf links**“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 30.06. (!) und 04.08.2011.